

11. II. 1919

Die Wohnungsfrage im neuen Deutschland.

Tagung des Deutschen Wohnungsausschusses.

Der deutsche Wohnungsausschuß hatte zu gestern abend nach dem großen Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses zu einer Versammlung eingeladen, in der die Wohnungsfrage im neuen Deutschland von namhaften Fachleuten behandelt wurde. Universitätsprofessor Dr. Fuchs-Wörling betonte in seiner Eröffnungsansprache daß die Lösung der Wohnungsfrage auch im neuen Deutschland eines der schwierigsten Probleme darstelle und eine der dringendsten und ersten Aufgaben sei. Es gelte nicht nur, die Wohnungsnot zu überwinden, sondern es handle sich um grundsätzliche, einschneidende Reformen unseres Wohnungswezens, um die Abkehr von dem System der Mietskernern und Übergang zu möglichstst Dezentralisation der städtischen Siedlung.

Der erste Hauptredner Dr. v. Mangoldt-Berlin, Geschäftsführer des „Deutschen Vereins für Wohnungsreform“ und des „Deutschen Wohnungsausschusses“, begründete dann eingehend die Notwendigkeit einer Reform unseres Wohnungswezens. Der Wiederaufbau unsere Landes müsse vom Lande aus erfolgen, dazu sei eine großzügige, innere Kolonisation erforderlich. Die künftige Siedlungsform müsse wesentlich anders sein, als die bisherige. Der Schwerpunkt müsse für die nächste Zeit mehr auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten liegen. Ein System kleinerer Mittel zur Abhilfe der Wohnungsnot sei unbedingt notwendig, da ein umfangreicher Neubau zunächst ja nicht möglich sei. Als solche Hilfsmittel bezeichnete der Redner u. a. die behördliche Wohnungsaufsicht, Wohnungsergänzungen, wie Spielplätze, Erholungsheime, Dachgärten, Kleingarten-Kolonien.

Generalsekretär Bornbrock-Wilmshier erörterte im Anschluß an eine kritische Würdigung der bisherigen gesetzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot und Förderung des Siedlungswezens die hauptsächlichsten und dringendsten Maßnahmen. Er forderte insbesondere, daß auch das fiskalische Gelände und Kirchenland mehr als bisher in den Dienst der Wohnungs- und Ansiedlungsreform gestellt werde. Eine planmäßige, energische, kommunale Bodenpolitik sei unerlässlich, zu der der Staat erhebliche Mittel als Zwischenspende zur Verfügung stellen müsse.

Weitere Vorträge hielten Abgeordneter Sue-Olsen und Dr. Karl Sonnenschein-Würzburg-Obadach. Nach einer Aussprache nahm die Versammlung folgende Entschlußfassung an:

Die Versammlung erachtet eine durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform, die insbesondere auch auf dem Wege einer großzügigen Dezentralisationspolitik und einer weiteren Ausgestaltung der zuständigen Zentralstellen im Reiche und in Preußen zu erstreben ist, auch im neuen Deutschland für unbedingt notwendig und durchaus durchführbar. Sie fordert die Nationalversammlung auf, die Lösung dieser großen vaterländischen Aufgabe mit allem Nachdruck zu fördern.